Frage nicht beantworten. Wir werden jetzt weitere Zeitzeugen hören. Martin Gutzeit übernimmt die Leitung.

Günter Jeschonnek: Ich möchte kurz vorher noch etwas sagen, was mir wichtig ist. Heute fiel das Stichwort Bundesverdienstkreuz. So umstritten das ist, aber es gibt einen Mann, der in diesem Jahr 80 Jahre alt wird, Rainer Hildebrandt, einer, den ich, als ich 1987 nach Berlin kam, erst mit großer Distanz kennengelernt hatte, weil er ja den Ruf des "kalten Kriegers" hatte, und ich habe ihn dann sehr gut kennenlernen können. Ich hatte u. a. auch sein Theaterstück 1988 an der Mauer aufgeführt und ihn als einen der ganz wenigen Mittler kennengelernt, die es in Berlin gab und immer noch gibt, als einen Mittler für Ausgereiste, für Oppositionelle aus der DDR, als einen Mittler für Oppositionelle aus den osteuropäischen Ländern, als einen Mittler, der wirklich diese deutsche Geschichte mit seinem Mauer-Museum dokumentiert und sich immer wieder auch für Gespräche unterschiedlichster Couleur engagiert hat. Er hat sich gerade nach der Wende engagiert, daß ehemalige Stasimitarbeiter über ihre Arbeit sprechen, daß sie diese dokumentieren. Er ist einer, der im weiten Sinne sich für Völkerverständigung eingesetzt hat, und ich fände es gut, wenn politisch Verantwortliche – einige wenige sind ja heute noch hier – die Gelegenheit nutzen und darauf hinweisen, daß er am 14. Dezember dieses Jahres 80 Jahre alt wird. Das Mauermuseum plant eine größere Feier für ihn mit vielen Freunden, die ihn schätzen gelernt haben, auch aus dem Lager, die ihn immer abgelehnt und diskreditiert haben. Auch sie kommen in das Haus, und ich fände es schön, wenn man eine Gelegenheit fände, seine jahrelange engagierte Arbeit, die immer sehr umstritten war, in einer angemessenen Art und Weise zu würdigen.

Gesprächsleiter Martin Gutzeit: Ich bitte nun die Zeitzeugen, die ich jetzt aufrufe, vorzukommen: Herr Eckert, Fred Kowasch, Christel Michael, Bertram Wagner und Frau Kitzig.

Wir beginnen jetzt mit einer neuen Runde, in der die Situation von Ausreiseantragstellern in der DDR, ihre Organisation und Selbsthilfegruppen, aber auch die Situation von Nicht-Ausgereisten, von Leuten, die dageblieben sind, im Mittelpunkt stehen sollen. Ich bitte Herrn Dr. Rainer Eckert, zu beginnen. Er ist bis zum Schluß in der DDR geblieben und kann etwas von den Erfahrungen der Leute, die dablieben und diese Ausreisewelle, die in Schüben passierte, erlebten, berichten.

Dr. Rainer Eckert: In den ersten Tagen des April 1971 schrillten bei der Bezirksverwaltung Potsdam des MfS alle Alarmglocken, als durch inoffizielle Mitarbeiter bekannt wurde, daß in der Nacht vom 3. zum 4. April zwei Jugendliche unbemerkt die sogenannten Grenzsicherungsanlagen in der Babelsberger Stubenrauchstrasse mit Hilfe einer Klopfstange überwunden hatten. Die beiden Jugendlichen hielten sich gut einen Tag in West-Berlin auf, um dann genauso unbemerkt auf dem gleichen Weg zurückzukehren. Auf

diesen unerhörten Zwischenfall reagierte die Staatssicherheit mit mehreren kurzzeitigen Verhaftungen im Freundeskreis der beiden und einer hektischen Ermittlungstätigkeit. Schnell wurde klar, daß die beiden jungen Männer in den Umkreis einer oppositionellen Gruppierung gehörten, gegen die das MfS seit dem Herbst 1970 wegen § 106 – "staatsfeindliche Hetze" – und § 107 – "staatsfeindliche Gruppenbildung" – ermittelte. Jetzt traten die Ermittlungen in ein neues Stadium. Die Zahl der IM und die Dichte der Berichte erhöhten sich genauso drastisch wie die Zahl der zersetzten und bespitzelten Personen. Schließlich ging die Staatssicherheit gegen 14 Personen vor, die aber vorerst Haftstrafen aus sogenannten politischen Gründen, das heißt mit Rücksicht auf die Familie eines der Observierten, entgingen. Trotzdem blieben die Verfolgungen nicht ohne Folgen für die 14 beobachteten Personen. Die beiden geflüchteten und zurückgekehrten Jugendlichen wurden strafweise zur Nationalen Volksarmee eingezogen bzw. in ein Bauarbeiterlager nach Brandenburg verbracht. Ihre Eltern verloren die Arbeit, und die Familien mußten die Stubenrauchstrasse verlassen. Der gesamte oppositionelle Zusammenhang war im Februar 1973 endgültig zerstört. Im Schlußbericht der Bezirksverwaltung Potsdam des MfS hieß es jetzt: "Durch die eingeleiteten operativen Maßnahmen und durch Einleitung gesellschaftlicher und staatlicher Erziehungsmaßnahmen, die Exmatrikulation der Studenten (es folgen vier Namen) und Aussprachen, Verwarnungen sowie Inhaftierung erfolgten Teilabschlüsse, die die Auflösung der Gruppe zur Folge hatten. Wesentlichen Anteil an der Auflösung und Zersetzung der Gruppe hatten. Wesentlichen Anteil an der Auflösung und Zersetzung der Gruppe hatten die gesellschaftlichen Erziehungs- und Auswertungsmaßnahmen zu den Personen (es folgen die Namen der beiden geflüchteten und zurückgekehrten Jugendlichen)." Hier wird deutlich, daß die auf eine sogenannte Republikflucht folgenden Aktionen des MfS die Arbeit einer oppositionellen Gruppierung stark beeinflussen bzw. zum Erliegen bringen konnten. Ausschlaggebend waren hier zum einen die Zersetzungsmaßnahmen des MfS, zum anderen die innerhalb der Gruppe aufkommende Verunsicherung, und es war auch Angst, die diesen Freundeskreis nie wieder zu gemeinsamem Handeln kommen ließ. Von den 14 von der Staatssicherheit verfolgten Personen kann ich den Lebensweg von 13 his heute weiterverfolgen Insgesamt sieben von ihnen Lebensweg von 13 bis heute weiterverfolgen. Insgesamt sieben von ihnen mußten, wenn ich die folgenden Jahre berücksichtige, ihr Studium abbrechen, fünf kamen später noch in Haft, und fünf weitere verließen später die DDR. Einer unserer Bekannten wurde während der Verbüßung einer langjährigen Haft zum inoffiziellen Mitarbeiter des MfS erpreßt. Wenn ich das Schicksal dieser Menschen hier erwähne, dann deshalb, weil sie auch durch den Zwiespalt zwischen dem Wunsch, die DDR zu verändern, und der Sehnsucht, der auf diesem Land lastenden Unfreiheit zu entkommen, zerrieben wurden. So beging einer meiner Freunde, nachdem er sich jahrelang mit der Frage "gehen oder bleiben" abgequält hatte, Selbstmord, dies allerdings erst, nachdem er im Westen ankam und dort feststellen mußte, daß er nur einer unter vielen

war und niemand ihn erwartete. Zwei andere Freunde wurden psychisch und körperlich krank. Einer vereinsamte im Westen, der andere nach absolviertem Studium ohne Berufschancen im Osten. Beide sind heute Invalide.

Versucht man, das Problem von Flucht und Ausreise in seinen Wirkungen auf die Oppositionsbewegung in der DDR zu verallgemeinern, denke ich, daß die Wirkung zwiespältig war. Zum einen förderte die Aussicht, die DDR verlassen zu können, den Mut zu einem oppositionellen Engagement vor allem in den späten siebziger und achtziger Jahren. Zum anderen wurde die Opposition durch das Mißtrauen unterhöhlt, der andere könnte sich eventuell nur deshalb einem Kreis anschließen, um auf diesem Weg schneller hinauszukommen. Die Beurteilung eines solchen Verhaltens war ebenfalls ambivalent. So mußte man ernst nehmen, wenn Menschenrechte einem jeden zugestanden werden, seinen Wohnort, seine berufliche und menschliche Erfüllung dort zu suchen, wo er sie zu finden glaubte. Andererseits wurden nicht nur die jeweiligen Gruppen geschwächt, sondern es blieb auch bei jedem Abschied das bittere Gefühl des Verlassenseins. Das verstärkte sich dadurch, daß Kontakte zu denjenigen, die in den Westen gingen, in der Regel sehr schnell und abrupt abbrachen. Nur in ganz seltenen Fällen gab es von den Ausgereisten für die in der DDR Gebliebenen Unterstützung etwa bei der Beschaffung von im Osten verbotener Literatur.

Wenn ich dies sage, vergesse ich natürlich auch nicht, daß viele Zurückgebliebene ihrerseits den Kontakt in den Westen aus Angst vor der Briefzensur, der Briefüberwachung der Staatssicherheit, ihrerseits abbrachen. Neben den geschilderten Erfahrungen ist mir besonders deprimierend in Erinnerung, wie viele meiner Freunde durch die DDR-Verhältnisse immer mutloser und zermürbter wurden. So denke ich daran, wie eine Theologin zu mir sagte: "Wir müssen hier bleiben, wir können unsere Heimat doch nicht der SED überlassen." Einige Jahre später arbeitete sie als Pastorin in West-Berlin. Dieses allmähliche Abbröckeln der Hoffnung auf Veränderung, das ich in mir selbst auch verspürte, wirkte letztlich zerstörend, nicht nur auf oppositionelle Zusammenhänge, sondern auch auf Freundschaften. Hierbei ist wichtig, daß die Vorbereitungen zur Ausreise oft "heimlich" betrieben wurden, so daß man oft erst Tage vor dem Ausreisetermin davon erfuhr, oder erst dann, wenn wieder ein Bekannter nicht mehr da war. Besonders deprimierend sind mir die Abschiedsfeiern in Erinnerung, als deren Höhepunkt ich oft einige vorher in den Osten geschmuggelte Rowohlt-Bändchen als Trost in die Hand gedrückt bekam.

In den Jahren der DDR konnte ich zwar jeden verstehen, der diesen Staat verlassen wollte. Trotzdem habe ich das Weggehen oft verurteilt, wenn mir die Gründe nicht zwingend erschienen. Hier war ausschlaggebend, daß eine solche individuelle Lösung die Möglichkeiten zu Änderungen schwinden ließ, aber es hat wohl auch – denke ich heute – der Neid auf diejenigen eine Rolle

gespielt, die es endlich geschafft hatten. Heute bedrücken mich besonders zwei Dinge. Zum einen ist es die tiefe Betroffenheit darüber, daß sich auch nach dem Fall der Mauer die alten Beziehungen zwischen Ausreisern und Dableibern nicht wiederherstellen ließen. Das zweite ist, daß ich feststellen mußte, daß viele meiner ausgereisten Freunde in der alten Bundesrepublik keine wirklichen Wurzeln schlagen konnten, daß sie innerlich zerrissen und Wanderer zwischen den Welten geblieben sind. Das Verbleiben in der DDR dagegen wurde meines Erachtens durch die Revolution des Herbstes 1989 in ein anderes Licht getaucht, da es durch dieses Verbleiben auch im Osten Menschen gab, die zu einem Neuanfang bereit waren. So hat am Ende der Zusammenbruch noch zu einer späten Rechtfertigung des Nichtausreisens aus der DDR beigetragen. Gleichzeitig werden die neuen Bundesländer wohl noch lange am Ausbluten bis 1989 zu leiden haben.

Gesprächsleiter Martin Gutzeit: Vielen Dank, Herr Eckert, als nächster Fred Kowasch.

Fred Kowasch: Das wird jetzt ein ziemlicher Bruch sein, weil ich Jahrgang 1965 bin und, als sich dieser Fall ereignete, gerade fünf, sechs Jahre alt war. Ich will zur Selbstorganisation von Ausreiseantragstellern insbesondere in Leipzig sprechen und weniger über persönliche Details, dagegen mehr über die Zusammenarbeit zwischen Basisgruppen und Ausreiseantragstellergruppen sagen, denn die war in Leipzig im Gegensatz zu Berlin wesentlich besser und ganz anders. Die Gruppen, wie sie sich 1987/88 gründeten, wurden weder ausgegrenzt oder nur zum Teil ausgegrenzt, sondern viele der Oppositionellen und der Ausreiseantragsteller kannten sich aus den Zeiten der Ökologieund Friedensbewegung Anfang der achtziger Jahre, so daß es da wenig persönliche Differenzen gab. Diese ganzen Aktionen, die dann 1988, teils auch noch 1989, liefen, waren also eine Art Symbiose für beide Gruppen. Ich kann auch die These von Herrn Poppe vorhin nicht teilen, der sagte, die politische Opposition ist wesentlich geschwächt worden durch den Weggang von Ausreiseantragstellern. Ich war damals auch noch bei den ersten Demonstrationen im Anschluß an die montäglichen Friedensgebete dabei. Die erste war nämlich schon am 14. März 1988, die sind nicht erst im Herbst 1989 losgegangen, und diese Demonstrationen als Folge wiederum des gewaltsamen Übergriffes vom Januar 1988 in Berlin, das viele inspiriert hat, wurden vornehmlich von Ausreiseantragstellern betrieben, die öffentlich auch wirksam werden bzw. wahrgenommen werden wollten, aber das auch in Zusammenarbeit mit Oppositionellen taten. Diese Demonstration wiederholte sich dann ein halbes Jahr später; es wurde immer die Leipziger Frühjahrsbzw. auch die Herbstmesse deshalb gewählt, weil der Medienauflauf zu dieser Zeit wesentlich größer gewesen ist.

Wir – also in dem Fall eine Gruppe von 12 bis 13 Ausreiseantragstellern – bildeten dann eine Gruppe mit dem Ziel, öffentlich wirksam werden zu

wollen und schrieben z.B. an die Volkskammer eine Eingabe. Da beziehe ich mich auch auf Herrn Jeschonnek; diese Eingabe sah so ähnlich aus. Wir forderten also Rechtssicherheit für uns und natürlich auch für andere, und die Staatssicherheit nahm diese Eingabe oder diesen Brief zum Anlaß, gegen uns eine OPK, eine "operative Personenkontrolle", einzuleiten mit verschiedenen Maßnahmen. Ich zitiere jetzt: "Zersetzung der Gruppierung, Identifizierung der Rädelsführer bzw. Inspiratoren und Durchsetzung des Differenzierungsprozesses unter diesem Personenkreis". Das sah dann so aus, daß wir zum einen Berlin-Verbot bekamen, wie es viele andere Oppositionelle auch hatten. Ein anderer Punkt zur Zersetzung der Gruppierung war die Einberufung der Mitglieder (es sind vier Namen genannt) durch die Nationale Volksarmee, durch Einberufungsbefehle zur Frühjahrseinberufung, und dem konnten wir natürlich auch nicht nachgeben, weil, wenn wir das Land verlassen wollten, wir ja schlecht für das Land auch noch dienen können. Infolgedessen gab es eigentlich einen ständigen Widerspruch zwischen den staatlichen Organen und uns, den wir auch gesucht hatten, also wir wollten konfrontieren, wir wollten möglichst weit gehen. Dann kam die Ablehnung des Ausreiseantrages, und ich habe z.B auf dem Amt für Inneres dann gesagt: "Na gut, dann folgen demonstrative Aktionen, das werden wir uns nicht bieten lassen." Für diese Äußerung sind sicherlich noch Anfang der achtziger Jahre oder auch noch 1987 Leute ins Gefängnis gegangen. Bei uns war es dann und die Staatssicherheit nahm diese Eingabe oder diesen Brief zum Anlaß. oder auch noch 1987 Leute ins Gefängnis gegangen. Bei uns war es dann nicht mehr so, was eigentlich zeigt, daß ein Aufweichen eigentlich schon im Gange war. Es folgten dann immer mehr Aktionen, so daß diese Gruppen mit dazu beigetragen haben, daß die Opposition in Leipzig – ich spreche jetzt nur für Leipzig – wesentlich größer wurde. Z. B. dieses Friedensgebet, das es seit 1983 gab und in dessen Folge auch die Demonstrationen im Herbst 89 entstanden, bekam durch diese demonstrativen Aktionen im Herbst 89 entstanden, bekam durch diese demonstrativen Aktionen wesentlich mehr Zulauf. Die verschiedenen Gruppen, auch unsere Gruppe, gliederten sich dann der Kirche an, wurden von ihr auch aufgenommen. Ich kann mich da an mehrere Gesprächskreise erinnern, die im Anschluß an diese Friedensgebete stattfanden, und es gab auch eine Art Untergruppe der "Arbeitsgruppe Staatsbürgerschaftsrecht" aus Berlin, den "Leipziger Arbeitskreis Gerechtigkeit", der viele Aktionen auslöste, z. B. mit Schautafeln in der Kirche. Es gab ein öffentliches Hearing zu diesen Themen, und es wurden innerhalb der Kirche Eingaben, also Standardeingaben, verteilt, die dann verschiedene Ausreiseantragsteller auch nutzten. Infolge dieses Vorganges, den ich vorhin zitiert habe, dieser OPK "Dunkel", so hieß er, wurden diese erwähnten Maßnahmen eingeleitet die aber bei uns weil wir wurden diese erwähnten Maßnahmen eingeleitet, die aber bei uns, weil wir uns relativ störrisch angestellt haben, kaum zur Wirkung kamen, und die Folge dessen war, daß einer nach dem anderen in die Bundesrepublik übersiedeln durfte. Vorhalte von Seiten der Gruppen wurden uns relativ wenig gemacht, also derart, was vorhin auch gesagt wurde, "ihr macht es euch bequem", "ihr wollt das Land nur verlassen". Viele von uns sahen keinen Ausweg mehr.

In meinem Fall war es so, daß ich versucht hatte, früher in Ökologie- und Friedensgruppen mitzuarbeiten, daß mir aufgrund dieser Arbeit zum einen das Abitur verwehrt wurde, und da ich auch nicht zur Nationalen Volksarmee gehen wollte, erschien mir demzufolge ein Studium ebenfalls nicht möglich. Es war einfach nicht möglich.

Diese Aktionen gab es immer wieder. Es gab einen sogenannten Umweltmarsch im Juni 1988, es gab eine Luftballonaktion gegen das Verbot der sowjetischen Zeitschrift "Sputnik" in Leipzig, und es gab dann im Januar 1989, also ein Jahr nach der Demonstration in Berlin, eine größere eigenständige Demonstration in Leipzig, organisiert von den Basisgruppen in Zusammenarbeit auch mit Ausreiseantragstellern, in deren Folge zwölf Leute verhaftet worden sind. An dieser Demonstration, der ersten eigenständigen Demonstration mit politischen Inhalten – also für Redefreiheit, Pressefreiheit, Versammlungsfreiheit –, nahmen auch nicht mehr so viele Ausreiseantragsteller teil. Die Zusammensetzung der oppositionellen Gruppen, der Leute, die nach außen gingen, war nun wesentlich breiter gestreut. Das führte dann auch dazu, daß die Behörden immer mehr Angst vor demonstrativen Aktionen bekamen, daß viele Leute in den Westen abgeschoben worden sind. In unserer Gruppe war es so, daß – das habe ich jetzt aus den Akten gesehen – die Ausreise nach der Unterschriftenliste genehmigt wurde, also wer als erster unterschrieben hatte, konnte eher hinaus, wer als vierter unterschrieben hatte, etwas später, und natürlich nach der Wertigkeit der einzelnen Personen. Ich kann mich noch an die dritte Montagsdemonstration erinnern im März 1989. Drei Tage davor wurde ich in den Zug gesetzt mit einigen anderen, und wie ich auf den Bildern im Fernsehen gesehen habe, schlug diese Demonstration dann zum ersten Mal um, und es kamen diese Sprachchöre "Wir wollen raus!" In Gesprächen mit Mitgliedern verschiedener kirchennaher Basisgruppen sagte man mir auch, daß es eine gewisse Veränderung in der Zusammensetzung gegeben hat und daß denen das auch nicht mehr so lieb war – "Die Geister, die ich rief, werd' ich nun nicht los."

Heute vormittag wurde mehrfach die Frage gestellt: Was haben die Leute dann nach ihrer Ausreise im Westen gemacht? Ich kann das in diesem Fall nur für mich beantworten. Ich wußte über sehr viele Aktionen, die bis in den späten Sommer hinein in Leipzig folgen würden, und ich habe dann meinerseits Kontakt gesucht zu Medien, den auch bekommen. Als Aktionen bekannt wurden, hatte ich jeweils immer jemand, der an diesen Demonstrationen teilnahm, der sich dort aufhielt, dann zum Telefon ging, mit mir telefonierte, während ich an der anderen Leitung einen Herrn von einer Nachrichtenagentur hatte. Auf ganz einfachem Wege funktionierte teilweise der Informationsaustausch, so einfach wurden damals auch Meldungen oder Nachrichten gemacht. Es gab andere, teilweise unspektakuläre Aktionen, daß von Artikeln von uns in der Zeitung – es waren nur zwei, drei,

die aus dieser Gruppe noch kamen – Kopien gemacht wurden, die dann auf der Transitstrecke auf der Toilette übergeben wurden, weil uns klar war, die Transitstrecken bzw. die Raststätten auch überwacht werden. Wir haben dann noch getan, was wir damals – wir hatten ja nicht viel Geld, Arbeitslosengeld usw. – machen konnten, einen Fotoapparat gekauft, dann auch ein Aufnahmegerät für Hörfunksendungen. Ich bekam Kontakt zu einem Privatradio, das sich einmal in der Woche für eine Stunde mit Themen der DDR beschäftigt hat, "Radio Glasnost", und so kamen zum ersten Mal auch Themen aus Leipzig in die Öffentlichkeit. Es hat wenige Leute interessiert. Von einem Freund weiß ich, daß er vergebens bei der Berliner SPD um Unterstützung geworben hat. Die CDU war etwas großzügiger, aber es bestand außer bei einigen Freunden oder einigen Journalisten eigentlich an dieser Thematik kaum Interesse.

Gesprächsleiter Martin Gutzeit: Vielen Dank. Frau Christel Michael, soweit ich weiß, geht jetzt in der Zeit etwas zurück, auf das Jahr 1984, um nachher die Endphase der DDR noch einmal zu betrachten.

Christel Michael: Ich beginne mit einer kurzgefaßten Biographie über mich, um Ihnen verständlich zu machen, wie es überhaupt dazu kam, daß ich dieses Land DDR verlassen wollte. Ich denke, es ist eigentlich auch wichtig zu wissen, warum wollten die Leute raus.

Ich wurde 1950 in Merseburg, im heutigen Sachsen-Anhalt, also in der tiefsten Provinz geboren. Mir war bis zu meinem 35. Lebensjahr nicht einmal klar, daß es so etwas wie eine Opposition gab, jedenfalls nicht bei uns in der Provinz. Den Schutz der Kirche haben wir auch nie erfahren, denn es war einfach nichts organisiert im Gegensatz zu Berlin, Leipzig oder anderen Großstädten. Als ich anfangen konnte zu denken, habe ich erfahren, daß mein Vater im März 1945, ohne jemals Soldat gewesen zu sein, für viereinhalb Jahre nach Rußland verschleppt wurde, und daß er 1953, am 17. Juni bei dem Arbeiteraufstand in der DDR, zur falschen Zeit am falschen Fleck stand und für sechs Monate ohne jegliches Urteil in den Stasi-Kerker verschleppt wurde. Das alles hat natürlich auch meine Erziehung geprägt. So empfand ich eigentlich noch in den Kinderschuhen steckend jeden DDR-Politiker als einen Gefängniswärter, und ich fand diese Einengung als Kind sehr schlimm, als Teenager viel schlimmer und konnte mich als Erwachsener niemals damit abfinden, sah aber keine Chance, aus diesem Land rauszukommen. So versuchte ich ganz einfach, das Beste daraus zu machen, was zu machen war.

Ich lernte Anfang der siebziger Jahre meinen heutigen Ehemann kennen, erfuhr, daß er 1972 bereits 18 Monate Haft wegen Republikflucht hinter sich hatte. Nach der Geburt unseres Sohnes hatten wir abgesprochen, daß er noch einmal versucht, in die Bundesrepublik zu fliehen, um uns dann über Familienzusammenführung eventuell nachzuholen. Das ging wieder in die

Binsen. Man holte meinen Mann kurz vor dem Ziel schwimmend aus der Elbe raus. Es folgten noch einmal 18 Monate Haft und von da an eine eigentlich stetige Überwachung der Staatssicherheitsorgane. Das spitzte sich Ende der siebziger Jahre zu. Wir sahen keine Perspektive mehr, beruflich weder für uns noch für unseren Sohn. Im Gegenteil, wir merkten, daß unser Sohn den gleichen Drang zur Freiheit entwickelte wie wir auch, und wir sahen ihn irgendwann schon erschossen an der Grenze liegen. Da beschlossen wir dann nach reiflichem Überlegen und nach Absprache mit unserem damals 13jährigen Sohn – wir hatten das Für und Wider alles abgewogen –, im März 1984 endgültig den Ausreiseantrag beim MDI in Merseburg abzugeben. Schon drei Tage später erfuhren wir, daß unser Ausreiseantrag nicht genehmigt wird, wir hätten keine rechtlichen Grundlagen, die Ausreise zu beantragen. Damit fanden wir uns natürlich nicht ab, stellten erneut einen Antrag. Das wiederholte sich zehnmal. Wir fuhren auch nach Berlin, Wir wollten zum Staatsrat, Wir kamen natürlich nie hin. Wir wollten zur Ständigen Vertretung, was uns auch nicht gelang, wir wurden schon vorher abgefangen. Bespitzelungen gab es ohnehin von da an rund um die Uhr. Das hatten wir bemerkt, und wir wissen auch heute nach Akteneinsicht, daß man uns Wanzen in die Wohnung gelegt hatte. Wir wurden am 13. Dezember 1984 verhaftet, mein Mann von der Arbeit weg, ich wurde morgens um sieben aus der Wohnung geholt, und wie wir später dann erfahren mußten, unser damals 13jähriger Sohn von vier Staatssicherheitsbeamten aus der Klasse raus. Wie uns unser Sohn später erzählte, war das für ihn der schlimmste Schock seines Lebens. Er sagte: "Mutti, ich kam mir vor wie ein Schwerverbrecher." Unser Sohn ist eigentlich derjenige, der bis heute damit nicht fertiggeworden ist, der es heute noch nicht fertigbringt, in die ehemalige DDR zu reisen, obwohl wir heute ein Deutschland sind.

Was ich sehr bedaure, ist, daß ich niemals die Möglichkeit hatte, Gleichgesinnten zu begegnen. Es waren zwar einige in unserer Stadt, die ebenfalls die Ausreise beantragt hatten und mit denen wir uns auch ab und zu getroffen haben, weil man einfach jemand brauchte, bei dem man glaubte, noch reden zu können. Wie wir im nachhinein erfahren mußten, waren selbst darunter noch Spitzel. Wir haben das alles irgendwie durchgestanden und sind in West-Berlin ein Jahr später angekommen, und ich muß sagen – wie vorhin gesagt, empfanden einige es wie eine Art Exil – ich persönlich empfand nicht so. Ich hatte das Gefühl, endlich zu Hause zu sein. Ich hatte trotz schwerer Krankheit – ich war zehn Monate krankgeschrieben nach meiner Haftentlassung, also nach der Abschiebung – doch begriffen, du mußt dein Leben selber in die Hand nehmen und mußt versuchen, etwas draus zu machen, du kannst dich jetzt nicht einfach gehen lassen. Es ist mir gelungen, Gott sei Dank gelungen. Erst nach der Wende, nach dem Fall der Mauer habe ich begonnen, mich für Politik zu interessieren, habe auch begonnen, mich

für ehemalige Opfer einzusetzen, weil ich mittlerweile mitbekommen habe, daß es sehr viele schwache und ältere Menschen unter uns gibt, die mitunter jahrzehntelang in Stasi-Kerkern gewesen und die einfach heute nicht mehr in der Lage sind, sich selbst zu artikulieren; und um da zu helfen, habe ich gedacht, mußt du jetzt aktiv werden.

Sehr schwer auf der Seele liegt mir, daß ich heute mit ansehen muß, daß unser Rechtsstaat nichts tut, um die Peiniger von einst zur Verantwortung zu ziehen. Im Gegenteil passiert es mir heute sehr oft, wenn ich meine Angehörigen in den neuen Bundesländern besuche und die zu mir sagen, ich muß mal da auf das Amt – in so einer relativ kleinen Stadt wie Merseburg kannte man den ersten Parteisekretär der Stadt oder den Staatssicherheitsoffizier –, daß mir der eine heute auf dem Wohnungsamt begegnet und der andere auf dem Arbeitsamt. Da frage ich mich wirklich, wo bin ich gelandet? (Beifall)

Gesprächsleiter Martin Gutzeit: Vielen Dank. Ich denke, wenn wir das chronologisch weiterbehandeln wollen, ist jetzt Frau Kitzig dran.

Angelika Kitzig: Ich möchte auch damit beginnen, Ihnen kurz zu erzählen, wie ich dazu gekommen bin, einen Ausreiseantrag zu stellen. Vorhin – ich bin leider erst später hier zu der Runde gestoßen – hat es für mich so dargestellt, nach dem, was ich mitbekommen habe, wenn Leute einen bestimmten Status erreichen und von da an auf einmal merken, es geht in irgendeiner Weise nicht mehr weiter, daß sie Konsequenzen ziehen oder an Konsequenzen gestoßen werden und so zu einem Ausreiseantrag kommen. Es gibt viele Wege, mein Weg war ein anderer, vielleicht ein bißchen ähnlich mit dem, der eben geschildert wurde. Für mich begann die Auseinandersetzung mit dem Staat in der Schule. Weil ich politisch sehr interessiert war, habe ich in der Schule die ersten Schwierigkeiten bekommen. Man hat mir vorgeworfen, eine oppositionelle Gruppe aufgebaut zu haben. Ich sollte von der Schule fliegen. Ein Lehrer hat sich für mich eingesetzt, deswegen durfte ich trotz allem das Abitur machen mit bestimmten Auflagen, die ich zu erfüllen hatte, zur Rehabilitation und zur Wiedergutmachung etc. Eine ganze Klasse mußte unterschreiben, daß sie mich abwählt. Solche Geschichten kennen Sie sicher in der Zwischenzeit en masse, das gibt es in vielen verschiedenen Varianten nachzulesen oder anzuhören. Das waren aber so kleine Schritte, die dann später weiterführten. Das ging weiter an der Universität, auch da ein ungebrochenes politisches Engagement. Ich kam in Positionen herein, z. B. in der FDJ, für die Sektion. Ich bin ja in der DDR aufgewachsen mit dem Bewußtsein, in diesem Land etwas ändern zu wollen. Also dachte ich, wenn du etwas ändern willst, setz dich ein, versuche etwas. An der Universität lief das genau so schief, da enttarnte man mich als Anarchistin. Ich sollte von der Uni fliegen, weil ich – das hing damals mit Chile zusammen – etwas für die Sektion organisiert hatte. Wiederum hatte ich auch da Glück. Ein Professor, Professor Heise, der leider tot ist seit längerer Zeit, hat die Bürgschaft übernommen, daß ich an der Universität bleiben durfte, so daß ich auch mein Studium abschließen konnte. Ich wurde natürlich auch aus diesen entsprechenden Ämtern usw. wiederum entfernt, so daß mir erstmal das mögliche Engagement genommen wurde.

Nach Abschluß des Studiums gab es – ich hatte meine Diplomarbeit im Fach Kommunikationstheorie geschrieben – verschiedene Möglichkeiten, eine Arbeit anzunehmen. Diese Arbeitsvarianten wurden mir jeweils versagt, weil ich da bereits eindeutig als Sicherheitsrisiko deklariert wurde. Es war einmal bei der Wirkungsforschung des Fernsehens. Ich hatte jeweils vorgesprochen. Die Leute waren nicht abgeneigt, mich zu nehmen, also wir hatten die übliche Prozedur bereits durchlaufen. Das andere war beim Jugendforschungsinstitut – später war mir klar, daß das nun schon ganz ausgeschlossen war, daß ich dort hätte mitarbeiten können.

Ich habe dann auf eigenes Betreiben eine Stelle gefunden am Theater, das ist eigentlich auch mit das Ziel meiner Ausbildung gewesen, am Theater als Dramaturgin zu arbeiten. Ich habe am Theater in Nordhausen, ebenfalls einer kleinen Stadt, eine Anstellung gefunden und bin dort auf den Mann gestoßen, mit dem ich heute noch zusammenlebe und verheiratet bin. Dieser Mann hatte leider Gottes einen Ausreiseantrag gestellt. Nichtsdestotrotz habe ich gesagt, du kannst ja ausreisen, wir leben zusammen, ich will hierbleiben, ich will dieses Land verändern, mit dem Theater, das ich hier machen kann, weil ich Theater als sehr produktive und gesellschaftsverändernde Kraft gesehen habe. Es kam aber auf Grund dessen schon nicht einmal zum Engagement an diesem Theater, weil ich mit diesem Mann eben zusammenblieb. Er war arbeitslos, ich daraufhin kurze Zeit danach auch zum ersten Mal. Ich habe es noch einmal fertiggekriegt, wiederum über Beziehungen von der Universität her, die mir geholfen haben, als Dozentin an einer Ingenieurschule zu arbeiten. Dort habe ich probiert, das, was ich an Positivem an der Uni erfahren habe, weiterzugeben, nämlich ein kritisches Denken zu vermitteln, wirklich Dialektik, so wie ich meinte, sie begriffen zu haben, dazu anzuregen, Für und Wider zu sehen. Das wurde aber natürlich in keiner Weise honoriert. sondern im Gegenteil, man machte mir das Leben sehr schwer. Ich habe also täglich zum Rapport zum Direktor kommen müssen, um zu erklären, warum ich dieses getan habe in der einen Klasse, in der anderen nicht das gleiche hundertprozentig genauso gesagt habe etc. Diese Stelle erwies sich dann also als nicht haltbar.

Ich habe verschiedene andere Positionen durchlaufen. Ich war in einem Museum tätig, ich habe mich beim Regieinstitut beworben. Da habe ich einmal das Aufnahmeverfahren durchlaufen. Dort ist man darauf aufmerksam geworden, da das erste Aufnahmeverfahren anonym ist, daß ich eine Frau bin. Man meinte, mit Frauen gibt es eh immer Ärger, und das hatten sie nun schon gerade. Ich wurde daraufhin abgelehnt. Man schlug mir vor, an das Literaturinstitut in Leipzig zu gehen. Ich sagte, ich möchte aber nicht

an das Literaturinstitut, wenn, dann ist meine Richtung Theater. Später kam dieses Regieinstitut noch einmal auf mich zu, weil die auch in einem gewissen Turnus wahrscheinlich die Akten noch einmal wälzten und dann schauten, wen sie für geeignet hielten. Im zweiten Anlauf stellte man dann fest, daß ich eine zu ausgeprägte Persönlichkeit bin und mich den Gepflogenheiten der Hochschule wohl nicht mehr so recht unterordnen könnte und wurde deswegen abgelehnt. Aber das war dann auch schon im gegenseitigen Einvernehmen. Am Maxim-Gorki-Theater habe ich mich beworben. Auch dort mußte ich eine schriftliche Arbeit vorlegen. Die damalige Chefdramaturgin hat diese gutgeheißen, hat gesagt, sie würde mich sofort nehmen, wenn ich nicht mit einem Mann zusammenleben würde, der einen Ausreiseantrag gestellt hat. Also die Sippenhaft schlug voll zu, damals immer noch eigentlich gegen mein eigenes Engagement, denn ich stand damals immer noch auf der Position, daß ich sagte, ich bleibe ja hier im Land. Wenn dieser Mann irgendwann ausreist, wird das für uns irgendwie eine Entscheidung geben, schmerzlich oder nicht schmerzlich oder anders. Aber für mich war meine Position – ich will hier sein, ich will hier etwas machen. Das wurde aber natürlich immer mehr in Frage gestellt auf Grund dieser Erfahrungen.

Dann war ich wieder einmal ohne Arbeit. Ich ging daraufhin zum Ministerium und sagte, ihr habt mich ausgebildet auf Staatskosten, ich möchte eigentlich auch arbeiten, ich möchte hier in diesem Staat etwas tun. Das stieß auf Verwunderung, weil sie solche Fälle nicht so oft hatten. Man gab mir dann auch etwas und zwar bei der Direktion für Bühnenrepertoire. Das war eine Institution, bei der man landauf, landab das Land bereisen konnte, um sich Theater anzuschauen und darüber dann Bericht zu erstatten. Das habe ich auch mit großem Vergnügen getan und dabei allerdings dann nach einiger Zeit festgestellt, daß es schwerlich für mich möglich sein wird, mit der nunmehr gewonnenen Einstellung ein Theater zu finden, an das ich wirklich guten Herzens gehen könnte und, was ich für möglich hielt, Leute hinter mich zu bringen und mit ihnen gemeinsam Theater zu machen, weil das eigentlich immer schon wieder eine Gefährdung mit sich bringen würde. Denn ich hatte gesehen, daß Theater eine durchaus – wie von mir auch gedacht – hochpolitische Angelegenheit ist, die aber ganz stark reglementiert wird, die ganz klar auch zensiert wird, wovon eigentlich nicht der Impuls ausgehen kann, den ich mir gedacht habe. Das erfuhr ich insofern, als die Berichte, die ich darüber schrieb, in der Schublade verschwanden und man sagte, das kann gar nicht weitergegeben werden, das kann auch nicht verwertet werden in Endberichten, wenn es um die Theatersituation der DDR geht, weil wir das so nicht hören wollen. Es war vorgegeben, was zu schreiben war, es war vorgegeben die Stoßrichtung, in die etwas zu laufen hatte. Also auch an diesem Punkt kam es relativ bald zu einem Ende.

Parallel dazu ist für mich ein wichtiger Punkt, daß ich Kinder habe und

daß diese Kinder nicht, wie anderweitig hier schon gesagt wurde, in dieser Gesellschaft so aufwuchsen, daß sie ohne Probleme waren, sondern durch die Erziehung, die sie in unserem Elternhaus auf jeden Fall erhielten, kamen die Kinder auch in Schwierigkeiten. Das fing im Kindergarten an, weil sie sich nicht so einordnen konnten, wir sie auch nicht einordnen wollten in einen – von mir aus gesehen – doch sehr straff, fast militärisch durchorganisierten Kindergarten. Man riet uns daraufhin, unsere Kinder doch aus diesem Kindergarten zu nehmen und uns einen besseren zu suchen. Das taten wir auch, und unsere Kinder gingen dort in einen evangelischen Kindergarten, wo wir dann auch sehr zufrieden waren, was aber eigentlich nicht die Lösung des Problems sein konnte. Die Kinder wurden größer, die Schule stand an, damit eben auch die Probleme, wie es in der Schule weitergeht.

Ich hatte zu dem Zeitpunkt eventuell die Möglichkeit, als Chefdramaturgin an ein Theater übernommen zu werden. Da stand für mich dann die Frage, kannst du das jetzt noch guten Gewissens tun mit der Einstellung, die du hast zu diesem Staat – zu diesem Staat, nicht zu diesem Land, zu diesen Leuten, sondern zu diesem Staat, so wie du ihn kennengelernt hast. Oder verbietet sich das, weil du in so einer Position eigentlich Verantwortung für andere Leute mit übernimmst. Ich habe darauf verzichtet, habe gesagt, das geht eigentlich nicht und bin mit meinem Mann dann zu dem Entschluß gekommen, daß wir gemeinsam einen Ausreiseantrag stellen, weil wir weder für uns noch für die Kinder eine Perspektive in diesem Land sahen. Wir haben dieses Land erfahren als einen Staat, der keine Möglichkeiten zuläßt, eine kreative und überhaupt eine – oppositionelle will ich gar nicht einmal sagen – anders geartete Denkweise zu entwickeln. Insofern war für mich immer das Bild sehr präsent, daß ich sagte, ich fühlte mich wie eine lebendig mumifizierte Person, die Schlingen wurden immer enger gezogen, und man bekam fast kaum noch Luft.

Die Kinder – das war bei uns vielleicht auch anders als bei anderen, soweit ich das hier hörte – waren von Anfang an in diesen Prozeß voll integriert. Sie haben in der Schule ja durchaus das gleiche erfahren, etwa "Imperialismus" und wie das alles funktioniert. Aber wir hatten Freunde, wir hatten ständige Kontakte, und wir haben über die Dinge gesprochen, die gut waren in der DDR und auch über das, was wir für problematisch hielten und auch, warum wir es für problematisch hielten. Das führte dazu, daß z.B. unser Sohn nicht bereit war, in die Pionierorganisation einzutreten, obwohl wir ihm dazu rieten, weil wir sagten, du wirst ein Außenseiter sein, wenn du das nicht tust, du wirst am Rande stehen. Überlege dir, ob du das verkraften kannst, ob du das wirklich willst, wenn alle da gemeinsam etwas machen. Er hat es für sich so entschieden. Die Reaktionen darauf waren natürlich nicht sehr positiv. Diese Entwicklung auch für die Kinder war eigentlich schon vor dieser Ausreise angelegt. Insofern war unser Entschluß, einen Ausreiseantrag zu

stellen, eigentlich im Endeffekt auch ein gemeinsamer Entschluß der Familie, wenn man das sagen kann bei Kindern, auch z. B. bei so kleinen wie unserem Sohn, der gerade mal eingeschult wurde, weil wir gesagt haben, in diesem Staat gibt es keine Möglichkeit, es gibt auch keine Möglichkeit, ihn zu reformieren. Da sind Schranken davor und wer dahin geht, stößt automatisch an diese Schranken. Man hat als Erwachsener sicherlich die Möglichkeit, sich in eine Nische zurückzuziehen. Wer das nicht will oder nicht kann oder seine Kinder nicht zu einem Nischendasein erziehen will, muß irgendwo andere Wege suchen. Für uns war es der Weg des Ausreiseantrages.

Die Reaktion daraufhin war, daß unserer Tochter z. B. die Bildungschancen verwehrt wurden. Sie war die Beste in der Klasse und wollte auch das Abitur machen, aber man hat gesagt, zum Abitur werden nur die Kinder zugelassen, die eindeutig den Staat stützen und fördern. Ich habe mir dann die entsprechenden Gesetze herausgesucht. Es stimmte auch. Man konnte so etwas zur Sache schwarz auf weiß nachlesen. Das war auch mir bis dahin nicht bekannt, daß es dazu eine rechtlich fixierte Grundlage gab, wo stand, wer diesen Staat nicht mittragen, nicht mitstützen und in diesem Sinne weiterarbeiten will, der wird auch nicht weiter qualifiziert von uns. Ich habe da stark interveniert auf allen möglichen Stufen vom Bezirk bis hin zum Magistrat. Man schlug mir vor, ich solle sie doch Koch mit Abitur werden lassen. Das wäre vielleicht eine Auswegmöglichkeit. Aber ich wollte nicht irgendwie einen Ausweg, und daraufhin kamen wir dazu, sie auf das einzige katholische Mädchengymnasium in Berlin zu schicken. Dem Direktor wurde von Staats wegen noch angeraten, er müsse sie nicht nehmen, weil das Auswahlverfahren für die Mädchen, die diese Schule besuchen durften, sehr streng war, zumal sie eben evangelisch war und nicht katholisch. Also es war sehr naheliegend, daß er sich da auch hinter so ein Schutzschild hätte zurückziehen und sagen können, wir haben ja so viele Bewerber und nun evangelisch, das wollen wir nicht, können wir nicht. Er hat aber da wirklich Rückgrat bewiesen und gesagt, nein, selbstverständlich, wir nehmen sie auch. Sie wurde aufgenommen, und das war für uns eine sehr große Erleichterung und Hilfe, weil sie dort erst einmal wieder eine offene Atmosphäre vorgefunden hat und es nicht so war wie in ihrer alten Schule. Wenn andere Schüler ins Institut für Strahlenschutz gingen, durfte sie eben nicht mit hin, diesen Betrieb besichtigen, weil auch sie ein Risiko war, und sie mußte dafür auf dem Schulhof Papier auflesen.

Wichtig ist jetzt vielleicht, daß man natürlich alleine als Ausreisender sehr schwach war. Deswegen haben wir auch Anschluß gesucht. Ich habe einfach Leute angesprochen beim Ministerium, beim Bezirk, wenn wir bei der Abteilung Inneres saßen. Ich habe gesagt: "Seid ihr auch alleine, wollen wir nicht gemeinsam etwas machen, wo geht denn ihr hin?" So habe ich Anschluß gefunden an die Gruppe von Herrn Hilse von der Plesserstraße.

Er hat vorhin sehr anschaulich und sehr zutreffend geschildert, wie der Arbeitskreis, zu dem ich dort gehörte, organisiert war, was dort möglich war, nämlich daß man wiederum eine Möglichkeit hatte, sich zu artikulieren, seine Gedanken auszusprechen, etwas zu tun, etwas einzubringen und nicht einfach nur zu warten oder zu blocken gegen irgendetwas, sondern produktiv auch einmal etwas zu tun. Man konnte mit denen, die bereit waren, in der Richtung etwas gemeinsam tun, daß wir sagten, wir wollen aus diesem Staat weg, wir sehen in diesem Staat keine Lebensmöglichkeit, weder für uns noch für unsere Kinder.

An der Kirche von Herrn Hilse war es mir möglich, das zu tun, was ich einfach tun konnte. Ich konnte ein Theaterstück inszenieren mit Ausreisenden. so daß ich sagte, was solls, daß wir hier in einer Ecke sitzen und eigentlich uns nur selber immer wieder bespiegeln, die Probleme werden nicht anders, die verhärten sich allenfalls. Wir haben gemeinsam etwas erarbeitet, haben gemeinsam Theater gespielt, haben eigentlich uns, wie man es bei Hegel gelernt hat, über das Lachen wiederum befreit. Das Stück hieß "Die Polizei", vielleicht kennt das einer von Ihnen. Es ist von dem polnischen Schriftsteller Mrozek, und es werden da der Gesellschaft mehrfach die Spiegel vorgehalten. Ich kann und möchte in diesem Zusammenhang ausdrücklich noch einmal betonen, daß, wenn es solche Leute, wie ich sie erlebt habe in Pfarrer Hilse oder auch in Pfarrer Passauer, die zugelassen haben, daß Leute ihre Meinung sagen, daß sie sich artikulieren und das auch öffentlich, in ihrer Kirche öffentlich tun, nicht gegeben hätte, daß dann eigentlich vieles anders gewesen wäre und man wirklich sehr viel mehr Schaden genommen hätte. Vorhin wurde gesagt, und das halte ich auch für einen wichtigen Punkt, daß Leute an der Seele Schaden genommen haben. Ich glaube, das ist eine Sache, die nicht nur die in der DDR Gebliebenen betrifft. Die Ausreiser, jeder, der in diesem Land groß geworden ist, mußte sich dieser Schizophrenie irgendwie stellen, mit der er konfrontiert war, diesen Schranken, in die er gewiesen war. Wenn man das getan hat, blieb immer irgendwo etwas auf der Strecke. Der Mann, mit dem ich zusammenlebe, hat insgesamt mehr als 10 Jahre auf die Ausreise gewartet. Ich glaube, wenn man eine so lange Zeit hinter sich gebracht hat, muß etwas zurückbleiben, und das kann nicht so einfach abgebaut werden. Um das zu überwinden oder da überhaupt erst einmal eine Brücke zu schlagen, dafür waren diese kirchlichen Kreise auf jeden Fall eine ungeheure Hilfe und Unterstützung.

Ich möchte noch zu zwei Fragen Stellung nehmen, die vorhin aufgetaucht sind: Einmal, wie man es mit den Freunden hielt und was mit den Freunden hinterher war. Ein Teil der Freunde hat sich zurückgezogen mit der Ausreise; sie haben gesagt, für uns ist es eine zu große Gefährdung, wenn wir in diesen Dunstkreis kommen. Es wird die Sippenhaft, die du erlebt hast, im kleinen auf uns fallen. Andere Freunde sind geblieben und haben sich, obwohl sie

ganz bewußt nicht weg wollten, tapfer dagegengestellt und eigentlich auch noch Partei ergriffen, und sie wurden aber dann mit genau den gleichen Mitteln behandelt, das heißt sie wurden diskriminiert in einer heute kaum noch vorstellbaren Weise. Wir hatten auch Freunde, die immer sagten, was ihr immer alles erlebt, für uns ist das nicht erlebbar. Ich glaube, das war eine Frage, die auch oft gekommen ist: "Was erlebst du denn? Da werden Leute verhaftet in der Plesserstraße, da passiert das und das, wir erleben so etwas nicht." Da sage ich, keine Biographie ist ein Verdienst, so sehe ich das für mich. Ich bin da so hineingekommen, habe das so erfahren, habe deswegen auch bestimmte Dinge erleben können. Vielleicht haben andere Menschen das nicht erlebt, haben in einer ruhigeren, abgeschiedeneren Ecke ihr Leben haben können und sind deswegen auch auf bestimmte Probleme oder Konflikte nicht gestoßen. Aber man konnte sie sehen. Man konnte sie erleben meiner Ansicht nach, wenn man gewillt war, wirklich sich hineinzubegeben und die Ohren und Augen aufzumachen.

Ich bin in kein fremdes Land gegangen, als ich ausgereist bin, sondern ich bin nach Deutschland gegangen. Ich bin einfach auf die andere Seite dieser Stadt, ich bin wieder nach Berlin gegangen. Das war mir auch insofern nicht fremd, weil ich lange genug Zeit hatte, mich intensiv während der Ausreisewartezeit, auch während der Zeit zuvor, damit auseinanderzusetzen und zu beschäftigen. Das galt auch für die Kinder. Ich wußte, was für Schulformen es gibt, wie die Schulen strukturiert sind, welche Varianten es gibt. Das erste, was ich tat, war, daß ich mich darum gekümmert habe, daß die Kinder in eine solche Schule kamen, die ich für geeignet hielt, daß sie genau den Anforderungen entspricht. Also ich denke, auch da konnte man durchaus etwas wissen und es vorher bereits annehmen.

Es ist mir noch ein wichtiges Bedürfnis, daß auch über Leute gesprochen wird, die ausgereist sind oder die auch hiergeblieben sind, die hier nicht die Gelegenheit haben, zu sprechen. So war zum Beispiel in unserem Arbeitskreis jemand, der auch zu den Veranstaltungen gekommen ist, wenn es darum ging, Wege zum Abbau von Feindbildern zu diskutieren bis hin zur Friedenserziehung usw. Da war zum Beispiel ein Kraftfahrer, der die DDR verlassen wollte einfach aus dem Grunde, weil er sagte, ich kann hier nicht ordentlich arbeiten. Ich bin Kraftfahrer, ich will meine Arbeit ordentlich machen, ich weiß, Benzin ist knapp, ich kann nicht hier Wege dauernd umsonst fahren. Der hat mitgedacht, der hat gesagt, mir wurde beigebracht, mein "Kampfplatz" ist mein Arbeitsplatz. Das stimmt aber gar nicht. Er kam sich betrogen vor und hat gesagt, das will ich nicht mehr. Ich will anständiges Geld für meine anständige Arbeit. Und ich denke, an solche Leute sollte man auch mit denken, wenn es darum geht, daß Leute Motive hatten, auszureisen – einfach weil sie anständig arbeiten und auch anständig dafür behandelt werden wollten. Für die Leute, die hierblieben, möchte ich

an einen Fall erinnern, den kenne ich auch nur aus dem Fernsehen, wozu ich sage, diese Leute werden überhaupt nicht bedacht, und das wäre vielleicht auch eine Aufgabe, der man sich widmen sollte. Da war ein Bericht über einen Stahlschmelzer, der irgendwo bei Halle in einem verseuchten Betrieb gearbeitet hat, der sich nicht darüber klar war, wo er arbeitete, daß er an einem verseuchten Arbeitsplatz stand und daß er dadurch geschädigt war. Der hatte weder die Möglichkeit, sich umschulen zu lassen mit seiner Qualifikation, noch hatte er die Möglichkeit, irgendwie laut zu protestieren oder da in der Presse oder sonstwo irgendeinen Rummel anzufangen. Er hatte eigentlich nur die große Verwunderung, daß er mit seiner Arbeitskraft, die er drangesetzt hat sein ganzes Leben lang, auf einmal nicht mehr gebraucht wurde und nichts mehr bewirken konnte. Diese große Verwunderung ist ihm wahrscheinlich bis heute geblieben. Es ist nötig, sich um solche Leute zu kümmern und nicht so sehr um die, die als Täter eigentlich bereits wieder in ganz tolle Positionen geschlüpft sind. Auch ich habe etliche Kollegen, die an mir so vorbeigingen und sagten, na, wo bist du denn? Ach, du bist arbeitslos? Na, ich bin da und da und da, beim Fernsehen, beim Theater etc. Daß man sich um solche Leute mit kümmert, ist ein ganz wesentlicher Punkt, der aus meiner Sicht und nach meiner Kenntnis auf jeden Fall sehr vernachlässigt wurde, auch so etwas öffentlich zu machen und auf diese Leute mit das Augenmerk zu lenken, die allein keine Stimme haben.

Gesprächsleiter Martin Gutzeit: Vielen Dank. Als letzten der Zeitzeugen Bertram Wagner, ausgereist am 19. August 1989, drei Monate vor der Öffnung der Grenze.

Bertram Wagner: Ich bin damals mit einem einjährigen Kind von Ungarn nach Österreich gegangen. Es war nicht abzusehen, daß sich das so kurz darauf ändern würde. Ich bin wahrscheinlich der Jüngste hier im Saal und Ereignisse wie Biermann, Prag, das sind für mich Vergangenheitssachen. Für mich sind Gorbatschow 1985 und die Reaktion Hagers 1987 maßgebend für meine Entscheidung gewesen. Ich habe relatives Glück gehabt, weil meine Erziehung dadurch geprägt ist, daß mein Vater Ende der fünfziger Jahre zweieinhalb Jahre eingesessen, an allen "Brennpunkten des sozialistischen Aufbaus" damals in Waldheim/Brandenburg mitgewirkt und sicherlich die Grundlage dafür geschaffen hat, warum wir 1989 dann gegangen sind. Das hat sich auf zwei Schienen für uns damals entwickelt. Auf der einen Seite gab es die private Linie, daß ich seit 1983 einen sehr festen Freundeskreis aus dem Freiburger Raum, wo ich auch jetzt noch wohne und studiere, habe. Das ist in einem Urlaub passiert, in dem wir über das Motorradfahren anfangs relativ harmlose Leute kennengelernt haben, Jugendliche unseren Alters, die für westliche Verhältnisse politisch sehr interessiert sind, was ja eigentlich nicht so normal ist. Im Laufe von sehr kurzer Zeit hat sich daraus eine sehr enge Gruppe gebildet, es ist ein richtiger Motorradclub geworden mit einem Abzeichen,

eingetragen, und das Abzeichen hat eine Mauer gezeigt, durch die ein Motorrad durchgebrochen ist. Wir haben dieses Abzeichen auch in Rudolstadt, in Jena, wo ich angefangen habe zu studieren, getragen und sind mehrmals angesprochen worden – §§ 218, 219 – "Zusammenschluß zur Verfolgung gesetzwidriger Ziele", Verbindungsaufnahme zu feindlichen Gruppen –, wir sollten doch vorsichtiger sein.

Von der Schule her, der anderen Schiene, hat sich das, warum wir abgehauen sind, fast ganz automatisch entwickelt. Ich bin mit 16 Jahren an die damalige EOS als letzter Jahrgang, der vier Jahre durchlaufen hat, gekommen, und gleich von Anfang an hieß es, alle Jungen müssen in die GST, und das höchste Ziel dieser Bildungseinrichtung war, Berufsoffiziersbewerber zu werden. Ich wollte Medizin studieren, und es gab für mich damals keine Möglichkeit, an einer dreijährigen Armeezeit vorbeizukommen. Es ist ganz knallhart gesagt worden, entweder Sie gehen drei Jahre oder Sie studieren nicht. Für mich war praktisch mit 18 Jahren schon ein Rahmen abgesteckt – Armee, Studium. Ich habe da bis fast zur Wende eine so vorgefestigte Situation vorgefunden, die es für mich langfristig gesehen nicht möglich machte, weiter in der DDR zu leben.

Ich habe eine kleine Tochter, und die Möglichkeit des Ausreiseantrages, die wir lange durchdiskutiert haben, stand nicht zur Diskussion, weil ich aus dem Freundeskreis so massive Repressalien mitbekommen hatte, daß wir das dem Kind nicht antun wollten. Ich bin dann 1984 zur Armee gekommen, habe das bis 1987 überstehen müssen, bin dann im November 1987 nach Jena an die Uni gekommen und dachte, daß auch im Rahmen der DDR hier doch ein bißchen Freigeist herrschen würde. Ich bin gleich in der ersten Woche dort sehr schockiert worden, daß dieses abgeschlossene Kapitel Armee jetzt weitergehen sollte und alle männlichen Studienteilnehmer sich als Reserveoffiziere verpflichten sollten. Das waren 150 Jungen damals, und von diesen 150 Jungen haben sich allein sieben nicht dazu bereiterklärt. Die wurden in Jena damals vor einen Professor Danz geladen, der war für Erziehung und Ausbildung verantwortlich, und von den sieben sind noch drei, einschließlich mir, übriggeblieben, die das dann nicht gemacht haben. Diese drei sind alle 1989 auch nach dem Physikum abgehauen. Es ging aber noch weiter, daß diese Freiheit, die ich mir an der Uni erhofft hatte – vielleicht ein bißchen blauäugig –, überhaupt nicht existierte. Am schlimmsten war für mich, daß neben den Hauptfächern damals Marxismus/Leninismus eine große Rolle gespielt hatte. Es hat zwei Seminare gedauert, da waren die Fronten zwischen dem Lehrkörper und mir so verhärtet, daß von Woche zu Woche diese zwei Lehrveranstaltungen immer eine richtige Qual gewesen sind.

Die Beziehungen mit der Gruppe aus dem Freiburger Raum, mit dem Motorradclub, haben sich immer mehr verstärkt, und das ging gut bis Pfingsten 1988. Im Vorfeld zu diesem Pfingsten hat das MfS Kontakte zwischen

uns unterdrückt, also es kam keine Post durch, Besuche von westlicher Seite zu uns wurden an der Grenze zurückgeschickt. Daraufhin haben wir gesagt, wir treffen uns wieder in der Tschechoslowakei. Daraufhin haben wir Auslandsverbot gekriegt auf eine sehr dramatische Weise, daß die ganze Rudolstädter Motorradgruppe von der damaligen Kommission K, also von der Kriminalpolizei, festgenommen worden ist, und uns wurde mündlich ein Auslandsverbot ausgesprochen mit der Konsequenz der Inhaftierung bei Nichteinhaltung. Als Begleiterscheinung vielleicht noch: Meine Mutter hat dieses Vorgehen der K sehr traumatisch verarbeitet. 30 Jahre vorher ist auf eine ähnliche Weise mein Vater durch eine Suchaktion der Polizei verhaftet worden. Jetzt, 1988, bin ich gesucht worden, und das hat bei ihr eine reaktive Krankheit ausgelöst, die sie bis heute noch arbeitsunfähig macht, und es ist auch nicht abzusehen, daß sie wieder arbeiten kann. Meine Eltern sind dann im Jahre 1989 von einer Besuchsreise mit meinen Geschwistern nicht wieder zurückgekommen. Sie sind in Bayern geblieben, und gleichzeitig noch mit einer Prüfung an der Uni in Jena hat sich das für mich damals so zugespitzt, daß für mich eben der Entschluß gefallen ist, nein, hier bleiben wir nicht mehr, diese Engstirnigkeit kann ich meinem Kind nicht zumuten, und auch für meinen weiteren Werdegang geht das nicht so weiter. Wir haben damals mit unseren Freunden Verbindung aufgenommen und über eine relativ gut organisierte Flucht sind wir dann nach Österreich gelangt.

Noch zu der Rednerin von heute früh, dieser Fluchthelferin: Ich habe in Ungarn zwei Leute getroffen, die in der DDR zwölf Jahre inhaftiert waren und die 1989 ihren gesamten Urlaub überzogen haben, nur um allein jeden Tag 5 bis 10 Leute über die Grenze zu schleppen. Die Ungarn haben die auch später noch geschnappt, wie ich erfahren habe. Sie haben das trotzdem immer wieder versucht, und einer hat mir gesagt, das war seine kleine Rache an der DDR für seine zwölf Jahre, daß er es geschafft hat, 120 Leute da über die Grenze zu bringen. Wir sind am 19. August gegangen, gerade an dem Tag, als in Sopron, damals bei einem Freundschaftstreffen, kurzzeitig die Grenze geöffnet wurde. Aber wir haben dem keinen Glauben geschenkt und haben das vielleicht 10 km von dort entfernt selber in die Hand genommen, nicht ahnend, daß das damals an diesem Tag so einfach vonstatten ging.

Am Anfang in der Bundesrepublik ist es für mich sehr schwergefallen. Ich habe in Bayern gewohnt damals, nicht in Freiburg, und bin am Anfang auf sehr große Ablehnung gestoßen bei der Bevölkerung. Allerdings, wenn man direkt auf die Leute zuging, dann kam immer das Argument, du bist ja gar nicht so, du bist ein Einzelfall. Aber es war für mich nicht einfach am Anfang, da Fuß zu fassen, und ich kann sehr gut verstehen, wenn Leute, die mit sehr großem Idealismus geflohen oder über einen Ausreiseantrag rübergekommen sind und dann jetzt so als gestrauchelte Existenzen bezeichnet werden, es nicht geschafft haben, Fuß zu fassen, weil ein Freundeskreis und Anhang zu finden

in den alten Bundesländern doch erheblich schwieriger ist. Wenn da jemand vielleicht nicht so kontaktfreudig ist, ist das schwer für die Leute, und es wird auch weiterhin noch schwer sein.

Gesprächsleiter Martin Gutzeit: Vielen Dank. Wir haben jetzt noch die Möglichkeit zu einer ganz kurzen Fragerunde, wie wir das sonst auch gemacht haben. Ich bitte darum, keine langen Ausführungen zu machen, sondern kurz und präzise wenige Fragen zu stellen, so daß wir noch eine Rückantwort bekommen.

Abg. Poppe (Bündnis 90/Grüne): Kurz will ich bleiben, aber ich will keine Fragen stellen, sondern zwei Richtigstellungen vornehmen. Einmal auf Herrn Kowasch bezogen: Die Fragestellung nach einer möglichen Schwächung von oppositionellem oder widerständigem Verhalten bezog sich nicht auf das Jahr 1989, sondern sie bezieht sich auf den andauernden Aderlaß über viele Jahre hinweg, z. B. nach der Biermann-Ausbürgerung, den großen Verlust schon 1977, dann nachher noch einmal die Ausreisewelle 1984. Daß 1989 diese Selbstorganisierung der Ausreisegruppen, insbesondere auch in Leipzig, eine erhebliche Rolle gespielt hat, ist unumstritten.

Das zweite wollte ich eigentlich zu Herrn Hilse und Herrn Jeschonnek sagen, ich habe das schon bei anderer Gelegenheit hier in der Kommission gesagt. Ich sehe das nicht so, Herr Hilse, daß die Oppositionsgruppen zu der Zeit, die Sie beschreiben, also schon 1987/88, beflügelt von Gorbatschow von einer verbesserten DDR träumten. Ich halte das einfach für eine außerordentlich verkürzte und zum Teil auch fehlerhafte Darstellung. Was diese Gruppen gemacht haben, auch insbesondere die, von denen hier die Rede war, mit ihrer Zusammenarbeit oder Nicht-Zusammenarbeit mit Ausreisergruppen, war, erklärtermaßen eigene Strukturen zu entwickeln, die Öffentlichkeit, die ihnen vorenthalten wurde, herzustellen, Menschenrechte einzuklagen, aber auch Menschenrechtsverletzungen zu dokumentieren, z. B. eigene Zeitschriften herauszugeben und sich innerhalb dieser Gruppen eine größere Bedeutung zu schaffen durch den Versuch von Koordinierung und Vernetzung, was dann ja auch im Jahre 1989 letztendlich gelungen ist. Von dieser Aufgabe ausgehend, gab es natürlich das Problem für die Oppositionsgruppen mit einem solchen Verständnis, was können wir denn jetzt nun mit den sich neu gründenden Ausreisegruppen, z. B. Ende 1987, tun? Das Problem ist in der Tat vorhanden gewesen, es hat auch darüber einen Dissens gegeben, es hat eine Zusammenarbeit nur vereinzelt gegeben, doch es hat sie gegeben. Herr Jeschonnek hat sie vorhin selber erwähnt mit einzelnen aus der "Initiative Frieden und Menschenrechte", mit der Umweltbibliothek. Auch nach den Verhaftungen am 17. Januar 1988 hat es Proteste gegeben von mehreren verschiedenen Oppositionsgruppen gegen die Verhaftungen, und die Dokumentierung dessen, was geschehen ist am 17. Januar, ist ausgerechnet auch nicht in der Kirche passiert, sondern innerhalb dieser